

Bewerbung

um einen Platz auf der Landesliste von Bündnis 90/Die Grünen Berlin für die Wahl zum Abgeordnetenhaus am 17. September 2006

Liebe Freundinnen und Freunde,

am 17. September 2006 wählen die Berlinerinnen und Berliner ein neues Abgeordnetenhaus. Ich möchte in den kommenden fünf Jahren dort mit Herz und Stimme meine Erfahrung in Vertretungen dafür nutzen, dass wir am politischen Meinungsbildungsprozess dieser Stadt gestaltend teilhaben.

In den Traditionen von Bündnis 90, den Grünen und der Alternativen Liste ist uns das stetige Überprüfen und Verändern eingelaufener Wege Herzensanliegen. Anspruch und Realität müssen übereinstimmen – ich möchte alles dafür tun, dass wir nicht als Mogelpackung enden, wie eine Partei, für die ich einmal parlamentarisch tätig war! Deswegen braucht parteipolitisches Wirken auch immer Kontakt und Einfluss von außen, Vernetzung mit sozialen Bewegungen, Initiativen, Verbänden und Vereinen. Darauf habe ich immer Wert gelegt. Ich habe mich in Interessenverbänden eingebracht und anderen die Möglichkeit gegeben, Politik mitzugestalten. Das will ich auch im Abgeordnetenhaus fortsetzen.

Was für eine großartige Metropole wären wir, wenn wir die unterschiedlichen Erfahrungswelten teilen würden? Die Weichen dafür kann die Landespolitik unter dem „Diversity“-Gedanken durchaus stellen. Sie hat die Möglichkeit: eine liberale Abschiebungspolitik, Dialogprogramme zwischen Kulturen, Geschlechtern und Sexualitäten wie auch den Ausbau vorhandener Aufklärungs- und Beratungsprojekte - beispielsweise in der Sexualaufklärung. Toleranz und Akzeptanz muss jede Generation neu erlernen. Also muss es Bestreben aller sein, den Umgang mit Vielfalt in der Lehrkräfte-Ausbildung zu verankern. Wir müssen dafür sorgen, dass das Personal in Jugendklubs und Sozialeinrichtungen Beratungssuchende unterstützen kann und Stadtentwicklung immer aus dem Blick der schwächsten NutzerInnen öffentlicher Infrastruktur betrieben wird. Eine Verschärfung des Antidiskriminierungsgesetzes ist auch deshalb nötig.

Wie ernst wir es damit nehmen, zeigt sich auch darin, dass wir eine integrative Verkehrspolitik wollen. Stärken wir den Umweltverbund – also ÖPNV, Fahrradverkehr und FußgängerInnen – stärken wir auch die Attraktivität der Stadt für uns und für andere. Eine Straße, die neu gebaut wird, bleibt für Jahrzehnte – vielleicht für immer – an dieser Stelle. Es ist grüne Politik, für Alternativen zu werben und die Stadt umwelt- und menschenfreundlicher zu gestalten. Bei der Gestaltung von Fahrplänen und ÖPNV-Netzen müssen die verschiedenen Interessengruppen ein Mitspracherecht haben. 31 S-Bahnhöfe und 108 U-Bahn-Haltestellen haben keinen behindertengerechten Zugang. Wir brauchen ein Sanierungsprogramm, das diesen Missstand schnell behebt. Wir brauchen auch keine Luxus-U-Bahnen, während woanders gut frequentierten Straßenbahnstrecken die Schließung droht. Trotz Haushaltsnot und Grenzwertüberschreitung werden Straßen ausgebaut und Stadtautobahnen geplant. Autofahrenden wird in Berlin schrankenlos Mobilität garantiert. Wir fordern hingegen endlich ein funktionstüchtiges flächendeckendes Radverkehrsnetz. Niemand soll im täglichen Leben auf ein Auto angewiesen sein. Berlin ist Eigentümerin eines eigenen Verkehrsunternehmens, der BVG. Trotzdem ist es zurzeit kaum möglich, demokratisch Einfluss auf das Nahverkehrsangebot unserer Stadt zu nehmen. Wenn wir das nicht ändern, werden Privatisierungen und schwer kontrollierbarer Wettbewerb das vergleichsweise gute Nahverkehrsangebot gefährden. Hier müssen wir Einfluss nehmen und mitgestalten.

Dafür bitte ich um eure Unterstützung!



www.green-berlin.de; andre@emailfueralle.de; +49 - (0)176 – 20 54 3663



André Stephan

* 17. Mai 1980 in Merseburg

studiert Politik, VWL und Rechtswissenschaften (letzteres seit Herbst 1999) an der Universität Potsdam, war 2001 Mitglied des Studierendenparlaments

gehörte 1998 bis Anfang 2005 der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung an, war von 1998 bis 2003 ihr stellv. Vorsitzender und 2001 bis 2005 verkehrspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion

war Mitglied in der PDS von 1996 bis 2005, unter anderem als stellv. Kreisvorsitzender in Potsdam und 1999 Mitglied des Landesvorstandes

ist seit 02/2005 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Berlin

war von 2002 bis 2003 Mitglied im Vorstand von AndersARTiG – LesBiSchwules Aktionsbündnis Land Brandenburg e.V. und ist dies wieder seit 2005

mag Busse und Bahnen, deshalb ist er Mitglied im Deutschen Bahnkundenverband e.V.

war von Januar 2004 bis Januar 2006 stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Netzhaut AG (Potsdam) und war von 2000 bis 2005 stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der ViP - Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH

war 1997 bis 2001 Vorsitzender des TuS Potsdam Basketballverein e.V.

leitete von 2004 bis 2005 das Videospiele-Portal www.xbox-universe.de

verdient seine Brötchen in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung